

„Für den Erhalt Ihrer Zahnarztpraxis vor Ort“ — Zahnärztliche Proteste in ganz Baden-Württemberg

„Wir müssen reden!": Sprechtag statt Behandlungstag am 18. Juni



In Baden-Württemberg ist die zahnärztliche Versorgung für alle Versicherten wohnortnah und auf hohem Niveau derzeit noch gesichert. Die Zahnarztpraxen im Land stehen jedoch unter großem Druck. Schlechte politische Rahmenbedingungen gefährden akut die Versorgung. Am Dienstag, den 18. Juni, finden landesweit zahnärztliche Protestaktionen statt.

Protestaktion/Sprechtag: „Wir müssen reden!“

Unter dem Motto „Wir müssen reden!“ bleiben am 18. Juni viele Zahnarztpraxen in Baden-Württemberg für Behandlungen geschlossen. Anstatt eines normalen Behandlungstags finden vielerorts sogenannte „Sprechtage“ statt, bei denen Zahnärztinnen und Zahnärzte mit Politikerinnen und Politikern sowie interessierten Patientinnen und Patienten über die Auswirkungen der aktuellen gesundheitspolitischen Entscheidungen und deren Belastungen auf die zahnmedizinische Versorgung vor Ort ins Gespräch kommen.

Schlechte politische Rahmenbedingungen

Zahnärztinnen und Zahnärzte überall im Land protestieren, damit die Zahnarztpraxis vor Ort – ob auf dem Land oder in der Stadt – auch in Zukunft noch für die Patientinnen und Patienten da sein kann.

„Wir brauchen schnell bessere Rahmenbedingungen, damit sich auch künftig genügend junge Zahnärztinnen und Zahnärzte niederlassen wollen und die Versorgung der Versicherten dauerhaft und flächendeckend gesichert bleibt“, erklärt Dr. Torsten Tomppert, Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und Präsident der Landes Zahnärztekammer.

Zahnärztliche Praxen stehen durch viele Faktoren wie gestiegene Material-, Personal- und Energiepreise unter **großem Druck**. Immer umfangreichere bürokratische Vorgaben binden wertvolle Arbeitszeit: Für die überbordende **Bürokratie** wendet eine Zahnarztpraxis im Schnitt über 24 Stunden pro Woche auf – Zeit, die für die Behandlung der Patientinnen und Patienten fehlt. Dies ergab eine aktuelle Auswertung von Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung und Bundes Zahnärztekammer.

Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Situation vieler Praxen immer schwieriger. Durch die **Budgetierung** sind die zahnärztlichen Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung gedeckelt. Das bedeutet konkret, dass erbrachte Leistungen nicht vergütet werden. Für die Versicherten ist dies mit Leistungseinschränkungen und verlängerten Wartezeiten verbunden.

Im privat Zahnärztlichen Bereich stagniert der **Punktwert der GOZ** (Gebührenordnung für Zahnärzte) seit über 35 Jahren. Zahnärztinnen und Zahnärzte müssen also zu Preisen von 1988 abrechnen, während die Inflation in diesem Zeitraum um über 100 Prozent angestiegen ist.

Die Patientenversorgung ist akut bedroht!

Die Folgen der aktuellen Gesundheitspolitik betreffen die Patientinnen und Patienten unmittelbar: Wenn die Rahmenbedingungen nicht schnell verbessert werden, drohen erhebliche Einschränkungen der bislang flächendeckend guten Versorgung durch zunehmende Praxisschließungen bei gleichzeitiger Erschwerung von Praxisneugründungen oder -übernahmen.

Die Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg machen sich daher für den Erhalt der derzeit noch guten zahnmedizinischen Versorgung stark. Mit dem Protesttag am 18. Juni soll der Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern intensiviert und die Öffentlichkeit über die immer größer werdenden Probleme der Zahnarztpraxen im Land informiert werden. (*hos/KZV BW*)

Ihr Pressekontakt:

Dr. Holger Simon-Denoix,

Telefon: 0711 7877229

presse@kzvbw.de

Leiter Stabsstelle Kommunikation und Politik

Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW)